

## **Statement**

von Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands  
anlässlich der Präsentation des Berichts zur regionalen Armutsentwicklung  
in der Bundespressekonferenz  
am 19. Februar 2015

Es gilt das gesprochene Wort.

*Sperrfrist: Donnerstag, 19. Februar 2015, 10 Uhr*

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich darf ich mich für die Einladung in Ihre Bundespressekonferenz bedanken. Es geht um den aktuellen Armutsbericht des Paritätischen. Wie in jedem Jahr haben wir die vorliegenden Daten des Statistischen Bundesamtes ausgewertet und um eigene Berechnungen ergänzt, um Trends zu identifizieren, vor allem aber auch regionale Risiken aufzuzeigen.

## **Die Hauptergebnisse**

Die Armut in Deutschland stieg 2013 um gleich 0,5 Prozentpunkte auf 15,5 Prozent. Dies sind über 12,5 Millionen Menschen. Die Armut in Deutschland hat einen neuen Höchststand erreicht. Die Statistik zeigt seit 2006 einen fast ungebrochenen, sehr klaren Aufwärtstrend. Um 11 Prozent hat die Armut seit 2006 zugenommen. Die Behauptung der Bundesregierung aus dem letzten regierungsamtlichen Armutsbericht, die Armut stagniere und die Einkommensschere schließe sich wieder, ist widerlegt.

Der aktuelle Anstieg der Armutsquoten ist fast flächendeckend, stellt sich in den einzelnen Bundesländern jedoch sehr unterschiedlich dar. Lediglich in Sachsen-Anhalt und in Brandenburg geht die Armut leicht zurück, dafür nimmt sie im Saarland und Bremen gleich um 1,7 Prozentpunkte und in Hamburg sogar um 2,1 Prozentpunkte zu. Hamburg ist damit im Ländervergleich 2013 der klare Verlierer: Nirgendwo stieg in diesem Jahr die Armut stärker. Erstmals weist Hamburg mit 16,9 Prozent eine Armutsquote deutlich über dem Bundesdurchschnitt auf.

Insgesamt zeigt das Länderranking eine armutspolitisch zerklüftete Republik. An dem einen Ende befinden sich Bayern und Baden-Württemberg, mit Armutsquoten von 11,3 und 11,4 Prozent. Am anderen Ende rangieren Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin mit Armutsquoten deutlich über 20 Prozent und gleichzeitig überdurchschnittlich starkem Anstieg.

Die Kluft zwischen armen und reichen Ländern in Deutschland wird immer tiefer, die Fliehkräfte gerade auch in den Regionen nehmen zu. Betrug die Differenz zwischen der Region mit der niedrigsten und der höchsten Armutsquote in Deutschland im Jahre 2006 noch 17,8 Prozentpunkte (es waren Schleswig-Holstein Süd mit 7,8 Prozent und Vorpommern mit 25,6 Prozent) – was ohnehin schon sehr viel war – so waren es 2013 bereits 24,8 Prozentpunkte Abstand: Auf der einen Seite die baden-württembergische Region Bodensee-Oberschwaben mit 7,8 Prozent und auf der anderen Seite Bremerhaven mit 32,6 Prozent. In der einen Region muss jeder 13. und in der anderen jeder Dritte zu den Armen gerechnet werden.

Fazit: Noch nie war die Armut in Deutschland so hoch und noch nie war die regionale Zerrissenheit in Deutschland so tief wie heute.

### **Die Problemregionen**

Die ungünstigsten mehrjährigen Trends zeigen die Länder Bremen, Berlin und Nordrhein-Westfalen.

In Bremen zeigt die Armutskurve seit 2009 außerordentlich steil nach oben und hat in sehr kurzer Zeit nun den absoluten Rekordwert von 24,6 Prozent erreicht. In Berlin und in Nordrhein-Westfalen ist es im Unterschied zu Bremen der langanhaltende Trend, der Sorgen bereiten muss: Bereits seit 2006 wächst die Armut in beiden Ländern mehr oder weniger kontinuierlich – in Nordrhein-Westfalen um 22 Prozent und in Berlin sogar um 26 Prozent. Das Armutswachstum ist damit in diesen beiden Ländern doppelt so stark gewachsen wie im Rest der Republik.

Der neuerliche Anstieg der Armut in Nordrhein-Westfalen ist nicht nur dem Ruhrgebiet geschuldet. Auch in Regionen wie Aachen, Bielefeld, Köln und sogar dem wohlhabenden Münster oder Bonn nahm die Armut gleich um einen ganzen Prozentpunkt zu und damit deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt. Das Ruhrgebiet bleibt jedoch armutspolitisch eine besondere Problemregion. Nach einem neuerlichen Anstieg von 1,1 Prozentpunkten beträgt die Armut in dem größten Ballungsgebiet Deutschlands mittlerweile 19,7 Prozent. Sie ist damit sogar noch deutlich höher als in den ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Thüringen oder Sachsen.

Erstmals fällt in Nordrhein-Westfalen im Übrigen auch der Großraum Köln/Düsseldorf beunruhigend auf. Um Missverständnissen vorzubeugen: Es sind nicht die Städte Köln und Düsseldorf. Es sind die sogenannten Raumordnungsregionen Köln und Düsseldorf des Bundesinstituts für Raumordnung, die zusammen insgesamt 14 Kreise und kreisfreie Städte wie Wuppertal, Leverkusen oder Mönchengladbach mit insgesamt rund fünf Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern umfassen.

Die Armutsquote wirkt mit 16,8 Prozent in diesem Großraum zwar noch recht unauffällig, doch wird nun erstmals der äußerst dynamische Trend sichtbar, der die Armutsquote seit 2006 nach oben treibt. Von damals 12,8 Prozent – und damit weit unter dem Bundesdurchschnitt – ist sie in nur sieben Jahren um 31 Prozent (!) gewachsen – und zwar gleichermaßen in der Region Köln wie in der Region Düssel-

dorf. Nur von der sachsen-anhaltinischen Region Altmark wird dieser exorbitant hohe Wert übertroffen, wobei in der Altmark jedoch nur 220.000 Menschen leben und nicht fünf Millionen. Der Großraum Köln/Düsseldorf muss damit trotz der noch moderaten Armutsquote ebenfalls als eine besondere Problemregion gelten.

## **Die Risikogruppen**

Wenn wir nun also wissen, wo die Armut ist und wo sie zunimmt, bleibt die Frage: Wer ist arm?

Wie auch in den Jahren zuvor zeigen Erwerbslose, Alleinerziehende und Menschen mit niedrigen oder gar keinen Bildungsabschlüssen das mit Abstand höchste Armutsrisiko, wobei jedoch wiederum neue Höchststände erreicht wurden: Bei den Erwerbslosen beträgt die Armutsquote mittlerweile sage und schreibe 59 Prozent. Bei den Alleinerziehenden – meist Frauen – sind es mittlerweile 43 Prozent, die mit ihren Kindern in Armut leben. Sehr häufig kumulieren die Probleme: So waren im letzten Sommer 39 Prozent aller Alleinerziehenden auf Hartz IV angewiesen. Und fast die Hälfte dieser Alleinerziehenden im Hartz IV-Bezug (45,5 Prozent) hat auch keinen Berufsabschluss.

Das Schlimme daran: Die Problematik ist uns seit Jahren bekannt und trotzdem zeigen diese Personengruppen im mehrjährigen Vergleich die stärksten Zuwächse an Armut.

Es ist jedoch dringend angezeigt, einen Blick auf eine Gruppe zu werfen, die bisher kaum aufgefallen war: Die Rentnerinnen und Rentner. Noch ist deren Armutsquote mit 15,2 Prozent vergleichsweise moderat. Was der oberflächliche Blick auf die aktuellen Quoten allerdings nicht verrät: Hinter dieser noch moderaten Armutsquote steht ein extrem rasanter Anstieg der Armut um 48 Prozent seit 2006. Zum Vergleich: im gleichen Zeitraum ist die Armut in der Gesamtbevölkerung um gerade einmal 11 Prozent gestiegen. Es gibt keine andere Gruppe in Deutschland, die in den letzten Jahren auch nur annähernd hohe Armutszuwächse hatte. Der politisch unverstellte Blick auf die Zahlen zeigt: Wir befinden uns heute bereits mitten in einer Entwicklung, die einem Erdbeben der Altersarmut gleichkommt, eine Entwicklung, die uns – was die Alterssicherung anbelangt – den Boden unter den Füßen wegbrechen lässt. Unausweichlich wird uns die Statistik auch für 2014 und 2015 exorbitante Zuwächse der Altersarmut bescheren. Wir müssen davon ausgehen, dass womöglich schon 2014, mit einiger Sicherheit jedoch spätestens 2015, die Armut unter den Rentnerinnen und Rentnern erstmalig über der gesamtdeutschen Armutsquote liegen wird.

## Politische Bewertung und Agenda

Meine Damen und Herren,

die Armut in Deutschland ist hausgemacht: Wir haben es in den letzten Jahren mit einer vollständigen Entkoppelung von wirtschaftlicher Entwicklung und Armutsentwicklung zu tun. Ein zunehmender gesamtgesellschaftlicher Reichtum führt in Deutschland ganz offensichtlich nicht mehr dazu, dass die Armut in Deutschland geringer wird. Ganz im Gegenteil: der zunehmende Reichtum in unserem Land geht mit einer immer größeren Ungleichheit und einer steigenden Armut einher. Auch die Entkopplung von Arbeitslosenquoten und Armutsquoten belegt dies. Wenn die Einkommensarmut aber wächst, obwohl das Volkseinkommen fast stetig zunimmt und die Arbeitslosenquote sinkt, haben wir es ganz offensichtlich weniger mit wirtschaftlichen Problemen zu tun als vielmehr mit politischen Unterlassungen. Die Armut in Deutschland ist das Resultat politischer Unterlassungen.

Zur Bekämpfung der Einkommensarmut sind für uns unabdingbar:

- **Wir brauchen ein Maßnahmenbündel, um armutsfeste Einkommen zu sichern.** Das heißt: Wir brauchen eine spürbare Erhöhung der Regelsätze in Hartz IV von derzeit 399 Euro auf 485 Euro. Wir brauchen einen Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung, um neue Perspektiven und Einkommenschancen auch für schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose zu schaffen. Wir brauchen schließlich eine Reform der Arbeitslosenversicherung und die Einführung eines Mindestarbeitslosengeldes: Wer lange eingezahlt hat, muss bei Arbeitslosigkeit vor dem Fall in Hartz IV bewahrt werden.
- **Wir müssen etwas tun für große Familien und insbesondere Alleinerziehende.** Wir müssen den Familienlastenausgleich vom Kopf auf die Füße stellen. Es brauchen diejenigen die größte Unterstützung, die am wenigsten haben und nicht umgekehrt. Vor allem brauchen wir einen Masterplan zur wirkungsvollen Unterstützung alleinerziehender Frauen und ihrer Kinder. Neben dem Ausbau von Kindertageseinrichtungen geht es dabei insbesondere um familienpädagogische Hilfen, um das Nachholen schulischer und beruflicher Bildungsabschlüsse und vor allem auch um die Sicherstellung des finanziellen Existenzminimums.
- **Wir brauchen entschlossene Reformen, um die auf uns zurollende Lawine der Altersarmut aufzuhalten.** Die zunehmende Altersarmut in Deutschland verlangt nicht nur rentenpolitische Antworten. Wir brauchen eine durchgreifende Reform der Altersgrundsicherung. Das Leistungsniveau ist von derzeit 399 Euro auf rund 530 Euro anzuheben. Freibetragsregelungen sind zu schaffen für Renten oder andere Alterseinkommen, damit Vorsorge sich lohnt. Schließlich ist die Altersgrundsicherung administrativ von den Sozialämtern auf die Träger der Rentenversicherung zu überführen. Alle Leistungen – Renten und Grundsicherung – haben aus einer Hand zu erfolgen.

- **Wir brauchen eine solidarische Um-Verteilung zwischen den Regionen.** Die derzeitige Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleiches muss wesentlich deutlicher als in der Vergangenheit der regionalen Zerrissenheit in Deutschland Rechnung tragen. Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass einzelne Regionen – von Vorpommern bis zum Ruhrgebiet – nicht in der Lage sind, sich am eigenen Schopf aus dem Schuldensumpf zu ziehen. Der Solidaritätszuschlag ist weiter zu führen. Doch hat der Einsatz der Mittel dem tatsächlichen Bedarf und nicht der Himmelsrichtung zu folgen.

Wir dürfen uns nichts vormachen: Voraussetzung für eine Bekämpfung der Armut in Deutschland ist ein Kurswechsel in der Finanz- und Steuerpolitik. Es ist der Geburtsfehler dieser großen Koalition, von vorne herein jegliche Steuererhöhung zum Tabu erklärt zu haben. Um Leistungen der Grundsicherung zu verbessern, um einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor einzurichten, um Familien wirkungsvoll zu unterstützen, um Hilfen für Alleinerziehende aufzulegen oder die soziale Infrastruktur vor Ort aufrechtzuerhalten, braucht es zusätzlicher Milliardeneinnahmen im Bund, aber vor allem auch in den Ländern. Deutschland hat in jeder Hinsicht die Möglichkeit, diese Einnahmen zu generieren, ohne wirtschaftliche Risiken einzugehen und ohne kleine und mittlere Einkommen stärker belasten zu müssen. Wer jedoch ohne Not auf Mehreinnahmen bei der Erbschaftssteuer, bei der Besteuerung von Spitzeneinkommen oder bei der Besteuerung sehr großer Vermögen in Deutschland verzichtet, nimmt sich selbst jeglichen Handlungsspielraum und fährt dieses Land armutspolitisch mittelfristig vor die Wand.